

Zur Aktenüberlieferung der Bundesdelegiertenkonferenzen und des Bundeshauptausschusses der Grünen von 1979–1993

Eine kurze Parteigründungsgeschichte

Die Gründung der Grünen Mitte Januar 1980 markiert den vorläufigen Schlusspunkt einer Entwicklung, die an der Wende zu den 1970er Jahren begonnen und gegen Ende des Jahrzehnts an Fahrt aufgenommen hatte. Seit den 1960er Jahren wurde das parlamentarische Parteiensystem von außerparlamentarischen Gruppen und Bewegungen herausgefordert. Was 1968 mit der Außerparlamentarischen Opposition begonnen hatte, setzte sich mit den Neuen Sozialen Bewegungen fort. In Bürger- und Basisinitiativen engagierten sich viele für die Rechte von Frauen, die Anliegen der Dritten Welt, kämpften gegen Umweltverschmutzung und Kernkraftwerke, machten sich für Bürger- und Minderheitenrechte sowie den weltweiten Frieden stark. Dieser Protest artikulierte sich zunächst bewusst außerparlamentarisch, aber im letzten Drittel des Jahrzehnts entfaltete sich eine dezentrale und heterogene Wahlbewegung. Grüne, bunte und alternative Listen gründeten sich und erzielten bei Wahlen ab Mitte 1978 bald mehr als nur Achtungserfolge. Was im lokalen und regionalen Bereich begann, setzte sich in den Ländern fort und erreichte schließlich die Bundesebene. Eine Vielfalt von Personen, Projekten und Programmen kamen hier zusammen: konservativer Naturschutz, Konzepte eines «Dritten Weges», undogmatische Linke und Teile kommunistischer Kadergruppen. Alle traten an, um die Formen und Strukturen des politischen Systems zu verändern und zu ergänzen.¹ Und für die Beteiligung an der ersten direkten Wahl zum Europaparlament Anfang Juni 1979 organisierten einige Gruppen und Kleinstparteien (GLU, GAZ, GLSH, AUD, Achberger Kreis und FIU) der Wahlbewegung eine Listenverbindung, die sich als Sonstige Politische Vereinigung (SPV) Die Grünen zur Wahl stellte. Die SPV Die Grünen forcierte nach der Europawahl die Gründung eines Bundesverbandes Die Grünen, die dann 1980 in Karlsruhe erfolgte. 1980 trat diese neue Partei bei den Bundestagswahlen an und seit 1983

¹ Vgl. Silke Mende, *Nicht rechts, nicht links, sondern vorn. Eine Geschichte der Gründungsgrünen*, München 2011, S. 1–5.

ist sie, mit Ausnahme der 12. Wahlperiode, im Parlament vertreten. 1993 schließlich fusionierten Die Grünen mit Bündnis 90, dem aus den Bürgerbewegungen hervorgegangenen Bündnis.

Die ersten Bundesgeschäftsstellen

Wie dieser kurze Rückblick auf die Parteigründung von 1979/1980 sicherlich deutlich gemacht hat, ist dies ein äußerst spannender Zeitabschnitt in der Parteigeschichte. Zur Koordination des Europawahlkampfes richteten die oben genannten Gruppen und Parteien der Wahlbewegung im März 1979 ein Büro in Bonn mit kleinem Mitarbeiter/innen/stab ein. Eine Sekretärin sorgte dafür, dass die Arbeit nach klassischem Aktenplan abgelegt wurde. Diese Keimzelle einer Bundesgeschäftsstelle, die als Organ des Bundesvorstandes so organisiert wurde, dass sie ihm zuarbeiten konnte, wurde 1982 mit Blick auf die Bundestagswahl 1983 bereits deutlich ausgebaut und zusätzliches Personal für die inhaltlich-politische Arbeit eingestellt. Das machte 1985/1986 die Umstellung des ersten Aktenplans notwendig. Neben der Aktenplanablage existierten in den Bundesgeschäftsstellen noch verschiedene Sammlungen, die ab 1988 systematisch zu einer Dokumentation aufgebaut wurden. Die Parteitage sind ein Bereich dieser Dokumentation, weitere gut bestückte Bereiche sind

BDK Hannover 1986: Blick auf den Frauentisch, ein für weibliche Delegierte reservierter Bereich in der Nähe des Redepults.



der Bundeshauptausschuss und die Ablagen zu den Landes-, Kreis- und Ortsverbänden.

1991 kamen dann die ersten Parteiakten aus der Bundesgeschäftsstelle ins gerade neugegründete Archiv. Bei der ersten gesamtdeutschen Wahl 1990 waren die westdeutschen Grünen an der 5%-Hürde gescheitert und die Dokumente der parlamentarischen Arbeit der grünen Fraktionen von 1983–1990 sollten erhalten werden. Die Partei baute nach der Wahl ein Archiv auf, in das nun sowohl die Partei- als auch die Bundestagsfraktionsakten abgegeben wurden. 1992 ging das Archiv in die Trägerschaft der Regenbogen-Stiftung über. Seitdem werden Parteiakten regelmäßig ins Archiv abgegeben. Inzwischen umfasst der Parteibestand gut 250 lfm an papiernen Dokumenten.

Zur Aktenüberlieferung der BDKs, BHAs und zum Stand der Bearbeitung

Das Archiv Grünes Gedächtnis hat die Akten aus der Bundesgeschäftsstelle nach der vorgefundenen Aktenplanordnung übernommen und in seine Datenbank eingepflegt. Die Akten waren damit nutzbar. 2012 wurde mit der inhaltlichen Erschließung begonnen und zwar mit dem wichtigsten Gremium der Partei, der Bundesdelegiertenkonferenz (BDK). Die Akten wurden beschrieben, inhaltlich verschlagwortet und indexiert, so dass jetzt gezielt nach Personen, Gremien, Beschlüssen und politischen Inhalten gesucht werden kann. Zunächst wurden die Parteitagakten seit der Gründung in Frankfurt/a.M. im März 1979 als SPV Die Grünen bis zum Beschluss der Fusion mit Bündnis 90 durch den Parteitag in Hannover im Januar 1993 ausgewählt.

Auf den BDKs wird der Bundesvorstand gewählt und kontrolliert, über Wahlprogramme, Finanzen und die großen Linien des parteipolitischen Kurses entschieden. Die Akten zu den BDKs beinhalten sowohl alle organisatorischen Unterlagen, wie die Aussendungen der Bundesgeschäftsstelle an die Delegierten, die Delegiertenmeldungen (in einzelnen Fällen existieren unterschriebene Delegiertenmeldungen) und die bei Parteitagen anfallenden organisatorischen Dokumente, als auch inhaltliche Unterlagen wie Anträge, Protokolle, Beschlüsse und Reden. Die Protokolle sind fast immer in hand- und maschinenschriftlicher Form vorhanden. Sie beinhalten auch Beschlüsse und Resolutionen. Zudem gibt es in einigen Fällen auch Zusammenfassungen der Resolutionen und Beschlüsse. Die Reden liegen nur teilweise in schriftlicher Form vor. In einzelnen Fällen gibt es Abschriften der Tonmitschnitte.

Die archivische Bearbeitung ist nun vollständig abgeschlossen. Der Bestand ist in 120 Akteneinheiten gegliedert und umfasst 5,6 lfm.

Wahlen beschäftigen die BDKs in besonderer Weise. Bei der ersten Bundesvorstandswahl war beschlossen worden, dass sich die Hälfte seiner Mitglieder nach einem Jahr der Wiederwahl stellen sollte. Dadurch wurde ein ständiger Prozess von Nachwahlen zum Bundesvorstand in Gang gesetzt. Ein Höhepunkt, was die Prägung einer BDK durch Wahlen darstellt, ist sicherlich der Parteitag 1988 in Karlsruhe. Hier trat der gesamte Bundesvorstand geschlossen zurück und ein kommissarischer Bundesvorstand musste gewählt werden. Finanzielle Unregelmäßigkeiten im Zusammenhang mit dem parteieigenen Haus Wittgenstein waren der Grund.



BDK Hannover 1986: Regula Schmidt-Bott am Redepult.

In dieser Zeit war die Partei aber auch zutiefst zerstritten zwischen den Lagern von Fundis und Realos.

Zudem sind die BDKs für Bundestags- und Europawahlen zuständig und müssen die entsprechenden Wahlprogramme verabschieden, was die Parteitage 1979, 1980, 1982/1983, 1984, 1986, 1988/1989 und 1990 sehr beschäftigte. Für inhaltliche Arbeit neben Wahlen und Programmverabschiedungen ist auf den Parteitagen vergleichsweise wenig Raum. Friedenspolitik, das Verhältnis von Wirtschaft und Ökologie, der Atomausstieg, die Gleichberechtigung von Frauen und der § 218 sowie die Verankerung eines Frauenstatuts in der Satzung waren wesentliche Themen. Wie Satzungsfragen überhaupt fast jeden Parteitag beschäftigten, waren sie doch für die Ausgestaltung der parteiinternen demokratischen Verfahren wesentlich. 1990 kam dann ein neues Thema auf, nämlich das Verhältnis der westdeutschen grünen Partei zu den Bürgerbewegungen und Parteien der ehemaligen DDR.

Der Bundeshauptausschuss (BHA), besser als Kleiner Parteitag bekannt, war unterhalb der Parteitage das oberste beschlussfassende Gremium, das sechs- bis siebenmal im Jahr tagte. Er beschloss über die Richtlinien der Politik zwischen den Parteitagen und koordinierte die Arbeit zwischen den Gremien der Bundespartei, den Landesverbänden und den jeweiligen Fraktionen. Die Mitglieder rekrutierten

sich aus dem Bundesvorstand, den Landesverbänden, den jeweiligen Fraktionen sowie dem Europaparlament und den Bundesarbeitsgemeinschaften. 1980 wurde der BHA eingerichtet. Seine letzte Sitzung fand im März 1991 statt. Danach wurden die Aufgaben des Bundeshauptausschusses durch den Länderrat ersetzt.

Im Bestand befinden sich die Unterlagen der BHA-Sitzungen von Februar 1981 bis zum Februar 1990, vor allem mit Einladungen, Protokollen, Schriftwechseln und Anträgen. Die BHA-Sitzungen 1980 sind in diesem Bestand nicht überliefert. Sie sind in den persönlichen Beständen von damals führenden grünen Politikerinnen und Politikern oder im Bestand «Spezialarchiv Die Grünen» zu finden. Dieses Spezialarchiv ist vom Archiv Grünes Gedächtnis übernommen worden. Das Otto-Suhr-Institut der FU Berlin hatte einen Forschungsauftrag, der die Neuen Sozialen Bewegungen und die Grünen beobachtete. In diesem Zusammenhang ist eine umfangreiche Dokumentation entstanden, die viele Überlieferungslücken schließt, so auch die BHA-Überlieferung aus dem Jahr 1980.

Der Bestand ist in 54 Akteneinheiten gegliedert, wobei jede Sitzung eine Akte umfasst. Sein Umfang beläuft sich auf 0,80 lfm.

Die Bundeshauptausschussdokumente sind zusammen mit der Parteitagsdokumentation eine gute Grundlage, die organisatorische wie inhaltliche alltägliche Parteiarbeit detailliert und einschließlic des grünnahen politischen Milieus nachzeichnen zu können.